

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Neumann'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile in
oben oben Raum 60 f.
bei Auslieferung
nach der Reichweite
45 f. extra.
Reklame-Zeile „A. 1.50
bei größter Anzeigens-
kraft. Rabat, der in
Falle des Nachverkaufes
hinfallig wird.
Schluß der Anzeigen
Annahme tags zuvor.
Preisnehmer Nr. 4.
Für viele Anzeigen wird
sonstige Gebühr abge-
nommen.

Nr. 159

Neuenbürg, Montag den 12. Juli 1920

78. Jahrgang.

Die Gewaltpolitik der Entente.

Die letzten Meldungen aus Spa ergeben für Berliner politische Kreise die Gewissheit, daß die deutsche Delegation in der Entwaffnungsfrage und in der Kohlenfrage einem diktatorischen Nachspruch unterworfen wurde. Die Hoffnungen auf eine Verständigung, wenigstens über die wirtschaftlichen Fragen, nach sachlicher Verhandlung, sowie die Hoffnung auf gleichberechtigte Teilnahme Deutschlands sind zertrübert. Der Erfolg ist Schadenfreude bei der extremen Rechten und tiefen Niedergeschlagenheit bei den Verteidigern der deutschen demokratischen Republik, die im Vertrauen auf Neuenbürgen alliierter Staatsmänner in Spa eine Stärkung ihrer Bemühungen zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erwarteten. Schlimmer als die Androhung von Strafen bei Nichtbefolgung des Entwaffnungsabkommens wirkt das jetzt eingeführte System der Behandlung Deutschlands nach dem Muster eines Sklavenstaates, dem die Sieger nach Gutdünken ihren Willen aufzwingen. Die deutsche Presse ist voll von Protesten gegen die in Spa fortgesetzte Gewaltpolitik, die Aufrechterhaltung einer Zwangsherrschaft über die deutsche Wirtschaft und die Beweise für einen rücksichtslosen Vernichtungswillen gegen den Rest der Lebenskraft Mitteleuropas. Die deutsche Regierung, die in Spa statt erträglicher Verständigungsversuche Empfindungen über den Friedensvertrag hinaus anzunehmen mußte, ist vor dem ganzen Lande sehr bloßgestellt. In vielen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß als vorläufiges Ergebnis der Verhandlungen in Spa die Durchsetzung des Willens des Generalstabes festzustellen ist, der Deutschland den einbringenden Völkervereinigung preisgegeben und auf diesem Wege eine Trennung zwischen Nord- und Süddeutschland herbeiführen will. Gewisse Anzeichen aus Bayern legen ja auch bereits vor, daß auch dort für diesen Plan Stimmung zu machen versucht.

Zur Haltung der bayerischen Regierung.

Berlin, 10. Juli. In der amtlichen Kundgebung der bayerischen Regierung, wonach diese trotz der Entscheidung von Spa zur Aufrechterhaltung der Sicherheitspolizei und Einwohnerwehren ihre Bemühungen fortsetzen werde, dem Lande den nötigen Schutz zu erhalten, schreibt die Münchener-Küstenzeitung: Wir begrüßen diese mannhafte Erklärung der bayerischen Regierung, mit der die Meinung des ganzen bayerischen Volkes zum Ausdruck kommt. Was von Bayern aus zu unternehmen ist um sich der Selbstschädigung nicht getrüben zu lassen, dafür bleiben weitere Schritte vorbehalten. Selbstverständlich können diese Schritte nicht dahin abzielen, Bayern etwa von Reich abspalten zu machen.

Die Regierungsparteien zu den Ergebnissen von Spa.

Berlin, 10. Juli. In politischen und parlamentarischen Kreisen ist man über die Wendung, die die Verhandlungen in Spa genommen haben, sehr bestürzt; man geht — und das bezieht sich gerade auf die Koalitionsparteien — von der Auffassung aus, daß die Entwaffnungsforderungen nur dann zur Tat tragbar gewesen wären, wenn ihnen ein wirtschaftliches wirtlichkeits Entgegenkommen parallel gegangen wäre. Heute vormittag fand eine Besprechung zwischen den Führern der drei Parteien, Spahn, Schiffer und Stresemann, statt.

Gehlers Bericht über die Entwaffnungsfrage.

Berlin, 10. Juli. Beim Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Gehler, Staatssekretär Albert v. Seidt Bericht erstatteten. Nach allgemeinen Mitteilungen wurden die in Spa getroffenen Vereinbarungen erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaffnung der Bevölkerung, d. h. also das Einsammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen gelegt habe. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichsminister des Äußeren erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlussformel der Unterfertigung geht insofern dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde, „en ce qui concerne le gouvernement allemand“ die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterfertigung der Strafklausel nicht leiden. Es wurde weiter festgestellt, daß bei dem Nachdruck, mit dem die Einsammlung der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag gefordert wird, Deutschland über alsbald zu einschneidenden Maßnahmen greifen muß.

Die militärischen Jugehäufnisse.

Berlin, 9. Juli. Nach einer Depesche des „Echo de Paris“ aus Spa wurden Deutschland bezüglich der militärischen Häufnisse in dem Versailles Vertrag folgende Jugehäufnisse gemacht, die die Mitteilungen über die getroffenen Entschädigungsmaßnahmen vervollständigen:
1. Nicht eingeschlossen in die 4000 deutschen Offiziere, die durch den Vertrag Deutschland zugehört sind, die Kerne u. Hauptkräfte, deren Zahl auf 300 bzw. 240 festgesetzt wurde.
2. Nicht eingeschlossen ferner in die genannten 4000 Offiziere sind 700 Verwaltungsoffiziere.
3. Deutschland kann eine Reserve von 5000 Gewehren u. 2 Millionen Patronen behalten, um die Verluste auszugleichen, die ihm im Falle innerer Kämpfe entstehen.

4. Geringfügige Erhöhung der Zahl der Maschinen- gewehre, so daß alle Informationen in der Lage sind, sich zu verteidigen.

Deutschland hat außerdem ein fünftes und sechstes Jugehäufnisse verlangt für Vermehrung der Waffen und Munition derart, daß alle Informationen, Ergänzungen und Schulen mit Waffen versehen seien, um Angriffe zurückzuweisen zu können. Ferner Wiederherstellung einer kurzen militärischen Dienstzeit mit der Garantie, daß man die Vermögensgegenstände nicht misshandeln werde, um eine geringe Zahl deutscher Militärs auszubilden. Die letzten Bedingungen sind nicht gewählt worden. Andererseits erhält Deutschland das Recht, vorübergehend in der neutralen Zone 10 Bataillone, 5 Schwadronen und 1 Batterie zu unterhalten.

Die Ueberwachung der Deutschen.

Spa, 9. Juli. Wenn man noch absieht von den Behauptungen gegen Deutschland, womit fast alle belgischen Zeitungen tagtäglich gefüllt sind, so kann doch die Ueberwachung der deutschen Delegation nicht anders aufgefaßt werden als eine absichtliche Kränkung, die von den belgischen Behörden injiziert wird. Während alle übrigen Ausländer sich frei in Spa bewegen können, ist den Deutschen alle Freiheit genommen und es ist nicht anzunehmen, daß sich eine einzelne Person der Überwachung in einige Entfernung der Hotels begibt, da sie sich schicklicher Untersuchungen aussetzt. Selbst neutrale Besucher mußten zugeben, daß die Luft in Spa für die Deutschen schweißend und die Lust in Spa für die Deutschen schweißend ist.

Poincaré zur Unterzeichnung in Spa.

Basel, 10. Juli. Laut „National-Anzeiger“ erklärte der frühere Präsident Poincaré dem Vertreter des „Matin“ gegenüber zur Annahme der Bedingungen in Spa durch die Deutschen: Frankreich habe heute so wenig wie je Eroberungsgelüste. Wenn es die Entwaffnung Deutschlands fordere, so geschehe es nicht um sich auf den Feind zu kürzen, sondern um seine eigenen Militärlasten vermindern zu können; es verlange Entschädigung weder um Deutschland aus Bosheit arm zu machen, noch um es zu demütigen, vielmehr um sich selbst wieder aufzurichten. Es sei nicht vom Geiste der Rache befeuert; es habe sein Recht aus und das Recht kenne keine Rache.

Deutschland.

Stuttgart, 10. Juli. Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Landtags zugegangen. Die Abgeordneten sollen erhalten monatlich 450 M. Aufwandentschädigung, ein Sitzungsgeld von 25 M., eine Uebernahmungsgebühr für Auswärtige von 25 Mark und freie Fahrt auf den Eisenbahnen. Der Präsident erhält monatlich 1500 M. und die üblichen Entschädigungen.

Stuttgart, 10. Juli. (Allezeit Anfragen.) Im Landtag hat der Abg. Pfleger die Anfrage eingebracht, ob der Minister des Innern gewillt sei an dem von seinen Amtsvorgängern eingebrachten Standpunkt festzuhalten, daß die Zustimmung zu der Eingemeindung von Hebelingen und Obertürkheim nach Stuttgart nur dann erteilt wird, wenn im Zusammenhang damit auch die Eingemeindung von Botnang und Kallental nach Stuttgart erfolge. Die Unabhängigen fragen an, ob das Staatsministerium bereit sei, bei der Reichsregierung sich für Beilegung des Streits der Angehörigen der Versorgungs- und Lazarettbehörden zu verwenden. Außerdem haben sie einen Antrag eingebracht, daß dem Landtag schnellstens ein Gesetzentwurf vorzulegen sei, nach welchem die Fideikommiss-, Lehen- und Stammgüter aufzulösen sind. — Bauernbund und Bürgerpartei haben folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu eruchen, Anordnungen zu treffen, nach denen als Entschädigung für die an Maul- und Klauenseuche gefallenen Tiere der Marktpreis zugrunde gelegt wird und für die in den letzten vier Monaten entstandenen Schäden entsprechende Nachvergütungen gewährt werden.

Berlin, 10. Juli. Dem „Vorwärts“ wird aus Hannover über die Entwaffnung eines rebellischen Freikorps durch Oberpräsident Kosse durch die Sicherheitspolizei berichtet. Es kam am 6. Juli zur Beschlagnahme von 163 Gewehren, 113 Handgranaten, ferner von Revolvern, Pistolen, sowie viel Desertergewehr.

Berlin, 9. Juli. Am 14. Juli soll in der Berliner Universität von den in Berlin anwesenden Amerikanern eine Protestversammlung gegen die farbige Besatzung am Rhein stattfinden.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 10. Juli. In der Samstagssitzung des Landtags wurden zwei Jugeferneben gehalten, eine von den Abgeordneten-Känten, die andere vom Regierungsside aus. Abg. Wides von der D.V. unterstützte die außenpolitischen Forderungen des Völkervereinigungssprechers, Abg. Wazille, stellt sich aber im übrigen zur Mitarbeit im Sinne des Regierungsprogramms bereit. Er kritisierte ferner die Berufung des Ernennungsministers Graf ins Ministerium des Innern, behandelte die Unruhen in Ulm und schloß sich den Forderungen des Zentrumsvorredners an. Arbeitsminister Dr. Schall legte den Grundriss für seine Geschäftsführung vor, nicht von vorgefertigten Meinungen ausgehen, sondern von Tatsachen. Seine Hauptaufgabe sei die Verbärterung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Das Gelingen hänge aber von der Einsicht der Gegner ab. Die Wirtschaftskrise sei eine Folge der Hochkonjunktur des Spekulanten- und Schieberturns wie der Steigerung der Steuerlast. In großen Zügen besprach der Minister dann die Menge der Wirtschaftsträger, die heute im Vordergrund des Interesses stehen. Der Preisabbau sei nur durch Verbilligung der Produktion, Steigerung der Arbeitsleistung und Verringerung des Aufwands zu erreichen. In der Milchpreisfrage stellte sich der Minister auf den Standpunkt, daß, nach dem die meisten Oberamtsbezirke durch freie Vereinbarung den Milchpreis herabgesetzt haben, die Veränderung der Milchpreisverordnung zu erfolgen habe. Ein Vertragungsantrag des Bauernbundes wurde gegen den Widerspruch von Sozialdemokratie und Demokratie angenommen. Schluß der Sitzung 11.45 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag nachmittag 4 Uhr mit der Tagesordnung: Anfragen und Generaldebatte (zweite Rednergarnitur).

Ausland.

Amsterdam, 9. Juli. Der ehemalige deutsche Kronprinz ist von der Gemeinde Bieringen für das Steuerjahr 1920 nach einem vom Kronprinzen selbst angegebenen Einkommen von 42 500 Gulden zur Steuer veranlagt worden.

Rom, 10. Juli. In der Kammer verteidigte Giolitti am Schluß der Debatte über die Regierungserklärung noch die Politik der Regierung. Die Tagesordnung, in der der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird, wurde mit 265 gegen 146 Stimmen angenommen.

London, 10. Juli. Davaos Admiral Lord Fisher ist an den Folgen einer Operation heute früh gestorben.

London, 10. Juli. Die Frostlichtbucht, der letzte nördlich von Fort Arthur gelegene Hafen, der sich noch im Besitz Russlands befindet, ist von japanischen Truppen besetzt worden. Damit sind die Russen von der Küste verdrängt.

Französische Intrigen in Albanien.

Rom, 10. Juli. Der „Popolo Romano“ macht über die albanische Politik Enthüllungen, die Aufsehen erregen. Die Ereignisse in Salona hätten bewiesen, daß die Jugo-Slawen mit Hilfe anderer, die unsere Verbündete und Freunde sein wollten, nichts unversucht gelassen, die Verständigung zwischen Albanien und Italien zu hinterreiben. Denn sie wissen ganz genau, daß ein italienisch-albanisches Einvernehmen das Ende der serbisch-französischen Aspirationen bedeuten würde. Die in italienische Hände gefallenen Gefangenen, auch Offiziere in albanischer Uniform, gehören meistens anderen Nationen an. Wir glauben nicht indiskret zu sein, wenn wir mitteilen, daß die Albanier von französischen Agenten, ja von der französischen Regierung selbst die Versicherung erhalten haben, daß nach Vertretung der Italiener die albanische Unabhängigkeit anerkannt und respektiert werden solle.

Bedenkliche Lage in Irland.

Basel, 10. Juli. Aus London wird gemeldet, daß infolge der ersten Lage in Irland am Mittwoch eine gemeinsame Sitzung der Ober- und Unterhäuser stattfand. Der Herzog von Northumberland machte Angaben über die ausgeübte Organisation der Sinn-Feiner. Die Stärke ihrer Armee beläuft sich auf 110 000 Mann. Die Sinn-Feiner streben nicht nur die Unabhängigkeit Irlands an, sondern sie arbeiten auf die Weltrevolution und auf die Beförderung des britischen Imperiums hin. Sie stehen in Verbindung mit den nationalistischen Kreisen in Ägypten und Italien und alles deutet darauf hin, daß sie auch sehr enge Beziehungen zur russischen Revolution haben.

Die Polen in der Klemme.

Warschau, 10. Juli. Nach hier eingetroffenen Nachrichten sind die bolschewistischen Truppen südlich von Dünaburg bis zur litauischen Front vorgedrückt und haben die Verbindung zwischen der lettischen und der polnischen Front durchbrochen. Die litauische Regierung ist von den Bolschewisten erlöst worden, den Durchmarsch durch litauische Gebiete nach Polen zu gestatten. Dünaburg, das von lettischen Truppen auf Aufforderung der Polen besetzt worden war, wurde von den Letten geräumt und von den Bolschewisten besetzt.

Spa, 10. Juli. In Anwesenheit von Marschall Foch hatte Grady mit Millerand und Lloyd George eine wichtige Unterredung. Er erluchte um Intervention, damit das im Aufbau begriffene Polen nicht von den Bolschewisten erdrückt werde. In den Verhandlungen der Alliierten kommt der polnischen Frage gegenwärtig ganz besondere Wichtigkeit zu.

Basel, 10. Juli. „Petit Journal“ vernimmt, daß die in Spa versammelten alliierten Staatsmänner sich über die militärische Hilfeleistung gegenüber Polen besprachen. Frankreich willigte darin ein, Teile der für die Befehung deutschen Gebietes bestimmt gewordenen Truppen nach Polen zu entsenden, um ein weiteres Ueberfluten der Westmächte durch die Bolschewisten abzuwenden.

Spa, 10. Juli. Lloyd George und Millerand erklärten Grady, daß es schwer halte, Polen materielle Hilfe zu leisten. Nach dem „Petit Journal“ wurde eine Vorladung Grady's, bei den Deutschen Munition ankaufen zu dürfen, die zur Beförderung oder Auslieferung bestimmt ist, von den Alliierten abgelehnt, da der Friedensvertrag von Versailles solche Abtretungen nicht erlaube. Dagegen sind die französischen, die englische und die italienische Regierung bereit, in ihren Parlamenten die nötigen Schritte zu unternehmen und eine Hilfeleistung für Polen zu verlangen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Auf Grund der in den Monaten Mai und Juni 1920 vorgenommenen mittleren Verwaltungsbesprechung ist u. a. zur Uebernahme der in Paragraf 1 der Verordnung vom 16. Okt. 1913 (Reg.-Bl. S. 244) bezeichneten Kommittee für die Verwaltung des Bezirkes bestellt worden: Hugo Benzina von Schwarzenberg.

Neuenbürg, 10. Juli. Am Samstag Nachmittag fand in der „Eintracht“ eine Sitzung des erweiterten Ausschusses des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins unter dem Vorsitz des Vereinsvorsitzenden, Oberamtspfleger Kähler, statt. Gegenstand der dreistündigen Beratung bildete außer laufenden Vereins-Angelegenheiten, eine offene Aussprache über die Ereignisse der letzten drei Vierteljahre, in deren Vordergrund namentlich die Kündigungsfrage, Milchpreis und Milchlieferung, die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft, Protokollverlesung der Arbeiterschaft gegen Teuerung und Wucher und Stellungnahme der Landwirte hierzu standen. Einleitend erstattete der Vorsitzende Bericht über Fortbildungskurse für ältere Landwirte, welche im Mai d. J. von Vertretern der landw. Schule in Leonberg in den Gemeinden Neuenbürg und Langenbrand abgehalten wurden, in beiden Gemeinden gut besucht waren und ein befriedigendes Ergebnis zeigten. Die Landwirte konnten ihre Kenntnisse namentlich in Bezug auf Anwendung von Kunstdünger und anderen landwirtschaftl. Düngemitteln auf frischen und mit Berufsgelehrten in der Aussprache pflegen. Wünschenswert sei, daß auch in anderen Gemeinden derartige Kurse veranstaltet würden, wie überhaupt dem Besuch landwirtschaftlicher Kurse namentlich für jüngere Landwirte ein besonderes Augenmerk zuzuwenden sei. Weiter brachte der Vorsitzende eine Zusammenfassung der Kenntnisse über Anwendung eines neuen Kunstdüngers, des sog. Ammoniumsulfat-Salpeters. Es sei dies ein Kunstdünger, der in den badischen Kalk- und Sodafabriken in Ludwigsbad hergestellt, an Stelle des früheren Chlorsalpeters treten und aus dem Zustand unabhängig machen soll. Die gemachten Erfahrungen waren gute, seine Wirkung gegenüber anderen Kunstdüngern in mancherlei Hinsicht unverkennbar. Leider sei der Preis wie der der meisten künstlichen Düngemittel ein ganz abnorm hoher; zu wünschen wäre, daß bis Herbst eine Verbilligung eintrete, welche die Anschaffung den Landwirten erleichtere. Die Kündigung bei dem Verein der Kriegshilfe in Württemberg, welcher der Verein mit einem Jahresbeitrag von 100 Mark angehört und der die Aufgabe hatte, ausmarschierte Landwirte, die in eine wirtschaftliche Notlage gerieten, finanziell zu unterstützen, wurde, da hievon so gut wie gar kein Gebrauch gemacht wurde, bei uns in dem Ausschuss das weitere überlassen. Vom württ. Viehvermehrungsverband, dem keine Händler, nur Interessenten an Erzeugergenossenschaften angehören, so auch der I. Bezirksverein, u. der namentlich die Aufgabe hat, Schlachtvieh in den einzelnen Bezirken des Landes unter Aufsicht der Zwischenhändler in die größeren Städte zu liefern, liegt eine Beschränkung in dieser Richtung vor. Im Hinblick auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Schweine und Rindvieh und weil in unserem Bezirk die Verhältnisse anders gelagert sind wie anderswo, dürfte der Verband bei uns eine nennenswerte Tätigkeit kaum entfalten. Es dürfte sich empfehlen, mit dem Verband in Fühlung zu bleiben, im übrigen aber den seitberigen Käufer, Herrn Schner, zu beauftragen, darnach zu streben, möglichst viel Vieh aus anderen Bezirken hereinzubringen. Einen weiteren Gegenstand der Beratungen bildete die Strafverfolgung einer Reihe von Mitgliedern der landw. Ortsvereine, die sich nach Vereinbarung in den landw. Ortsvereinen darum annahmen, die früheren in keinem Verhältnis zu den Herstellungskosten stehenden Milchpreise auf eine angemessene Höhe zu bringen. Einzelne Vorfälle sind dadurch, daß sie schriftliche Aeusserungen in diesem Sinne öffentlich abgaben, von der Landesversorgungskommission bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht und von letzterer zu Geldstrafen verurteilt worden. Da die Betroffenen rein im Interesse ihrer Organisation handelten, wurde beschlossen, die gegen sie verhängten Strafen auf den landw. Bezirksverein zu übernehmen, weil andernfalls anzunehmen ist, daß sich niemand mehr zur Rettung der Ortsvereine bereit finden läßt. Wegen des Urteils ist Revision eingelegt, außerdem soll darauf hingewirkt werden, daß durch ein Gesetz an die Regierung die Strafen im Gnadenwege erlassen werde.

Uebergend zur Milchpreisfrage betonte der Vorsitzende,

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill

65

(Nachdruck verboten.)

Der Wachtmeister war diskret zurückgetreten, während die Kammerjoke sich mit einer Miene der Ueberraschung umsahen, die Depesche zu lesen. In diesem Augenblick kam der Freiherr von Reckenburg aus der Richtung des Hofes her und blieb stehen, als er des Wachtmeisters ansichtig wurde. Die beiden Männer hatten indessen noch kaum Zeit gefunden, sich zu begrüßen, als ein lauter Ausruf von Mademoiselle Leblanche Lippen den Wachtmeister überanläßt, ihr wieder seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Auch der Freiherr erkannte in ihr jetzt die französische Jungfer seiner Cousine, und als er des entfaltenen Telegramms in ihrer Hand ansichtig wurde, fragte er:

„Ich hoffe, es ist keine Nachricht unangenehmer Art, die Sie da erhalten haben, Mademoiselle?“

„Nein, Herr Baron,“ lautete die Antwort, „nicht unangenehm, aber so sehr überraschend. Bitte — Sie können ja selbst lesen. Es ist ja schon früher vorgekommen, daß ich der gnädigen Komtesse irgend etwas in die Stadt bringen mußte, wenn sie sich für kürzere oder längere Zeit dort aufhielt. Aber sie hat sich in solchen Fällen niemals an mich direkt, sondern immer an die Frau Gräfin gemeldet, die mir dann die erforderlichen Befehle erteilte.“

Kurt von Reckenburg hörte kaum auf das, was sie schwatzte. Mit einer wahren Glorie überflogen seine Augen die wenigen Worte des Telegramms, das vor wenig mehr als einer Stunde in der Hauptstadt aufgegeben worden war und folgenden Wortlaut hatte:

„Habe mich entschlossen, vorläufig noch hier zu bleiben. Benutzen Sie den nächsten Zug, um mir Kleidung und Wäsche für etwa eine Woche zu bringen — ebenso die beiden Gesellschaftskleider in Schwarz. Werde Sie am Bahnhof erwarten.“

Edith Donnersberg.

wie die Erhöhung des Milchpreises beim Erzeuger auf 1 M 20 S durch das Ernährungsministerium bei den Erzeugern eine überraschende, bei den Verbrauchern eine viel Staub aufwirbelnde Wirkung auslöste, weil angesichts des Niederganges der Industrie und dadurch entfehrer vermehrter Arbeitslosigkeit die hohen Lebensmittelpreise nicht mehr verkraftet werden konnten. Die Milch sei eines der unentbehrlichsten Lebensmittel für Alle, vornehmlich aber für Wöchnerinnen, Kinder u. Greise. Redner berichtete über die vor kurzem in Stuttgart stattgefundenen gemeinsamen Beratungen des landw. Hauptverbands, der Ortsvereine der landw. Bezirksvereine, Vertreter der Zentralstelle für die Landwirtschaft usw. Die Meinung ging dahin, daß man nicht allgemein auf einem Erzeugerpreis von 1 M 20 S bestehen bleibe, man solle in Bezirken, wo die lokalen Verhältnisse günstiger für die Landwirtschaft liegen, entsprechend billigere Preise stellen. Es wurde auch der Tatsache das Wort geredet, nachdem doch die Zeit gekommen sei, daß die Zwangswirtschaft verschwinden müsse, daß man gewisse Uebergangsmassnahmen treffen müsse, welche die Herstellung des alten Zustandes wie vor dem Kriege ermöglichen. Selbstverständlich könne das nicht von heute auf morgen geschehen, aber ein Anfang müsse jetzt gemacht werden. Man kam dabei auf den Gedanken, daß Bedarfsgemeinden mit Uebernahmemeinungen Lieferungsverträge abschließen sollen und Erzeuger und Verbraucher sich auf diese Weise einander nähern. In einer weiteren Versammlung aller Kommunalverbände wurde betont, daß man in Bezug auf Preisbildung Maß halten müsse. Die Schwauke ohne Ende sei auf ihrem Kalkulations-(Höchst-) Punkt angelangt; man müsse sich in allen Kreisen darüber Gedanken machen, wie man in eine andere Bewegung hineinkommen könne; man müsse den Verbrauchern entgegenkommen. Die Zwangswirtschaft dürfe durchweg mit Ausnahme von Brotgetreide und Milch im Laufe des Jahres abgeschafft werden; für diese beiden letzteren Artikel bleibe sie noch bestehen, weil die Regierung mangels aller Vorräte die Verantwortung einer Freigabe nicht tragen zu können glaube, bei Milch, weil man mit einer geringeren Produktion zu rechnen habe. Kohlen und Zuder dürften vielleicht auch noch beibehalten bleiben, hingegen dürften Getreide, Getreide, Kartoffeln usw. freigegeben werden. Der genossenschaftliche Verkauf für Kartoffeln zum Preise von 25 M und 5 M Körner für den Jentner dürfe infolge der günstigen Ertragsverhältnisse voraussichtlich eingestellt werden. Mit Nachdruck wies Redner darauf hin, daß die Landwirte ihrer Lieferungsverpflichtung nachkommen sollen; es habe keinen Wert, wenn man um höhere Preise petitioniere und dann doch nicht liefert; dies treffe namentlich für Milch zu. Jeder Landwirt sollte es als Ehrenpflicht betrachten, jetzt, wo wir uns dem Ende der Zwangswirtschaft nähern, alles daran zu setzen, abzuliefern was irgendwie entbehrlich sei. Dies sei nur ein längerer Standpunkt auf den man sich auch in den landw. Ortsvereinen stellen solle. Der Mangel an allem und die Teuerung hätten es mit sich gebracht, daß zwischen Erzeugern und Verbrauchern eine gewisse Entfremdung eingetreten habe. Alle Verhältnisse seien aber aufeinander angewiesen, alle müssen sich auf einen vertraglichen Standpunkt zu einander stellen. Es habe keinen Sinn, wenn man dem Geld zuliebe alles an den Kopf stellt. Die Verhältnisse in der Stadt seien nicht mehr angenehm, und wenn die Leute nicht mehr voll arbeiten können, wovon sollen sie dann leben bei den hohen Lebensmittelpreisen? Daher sei es absolut notwendig, daß man den Verbrauchern entgegenkomme. Unter Hinweis auf die hier gegen Teuerung und Wucher stattgehabte von etwa 600-700 Personen von hier und aus dem Bezirk besetzte Protestversammlung machte Redner auf den Ernst der Lage und die tiefe Erregung aufmerksam, welche namentlich in der Arbeiterschaft wegen der fast unerschwinglich hohen Lebensmittelpreise und dem Mangel an Milch trotz der hohen Preise herrsche und bezeichnete es als wünschenswert, wenn auch der erweiterte Ausschuss des landw. Bezirksvereins nach gründlicher Aussprache in einer Resolution seinen Standpunkt gegenüber der Protestversammlung zum Ausdruck bringen würde, denn: „Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beide.“ Persönlich bemerkte er, daß er wegen seiner Stellungnahme von landwirtschaftlicher wie von Verbraucherseite mit schellen Augen angesehen werde. Er würde seine Stunde länger das un dankbare Amt als Leiter des Kommunalverbands beibehalten, wenn nicht die Interessen des Bezirks dabei im Spiele ständen. Er wolle bestimmen, daß wenn er die Sache schnappen ließe, daß sich niemand fände, welcher das unangenehme Amt übernehmen wür-

de. Die Verantwortung sei viel zu groß und darum betrachte er als Beamter der Amtshauptmannschaft im Interesse des Bezirks als seine Pflicht, trotz aller Widerwärtigkeiten bis zur völligen Aufhebung auf seinem Posten anzuharren.

Die einbringlichen Worte, welche so recht den tiefen Grund der wirtschaftlichen Lage im Bezirk zum Ausdruck brachten, machten schätlichen Eindruck auf alle Anwesenden. Dies zeigte sich in der sich hieran anschließenden Aussprache, in welcher von einer größeren Zahl von Vertretern der landw. Ortsvereine das Wort ergriffen wurde. U. a. wurde scharf darauf Stellung genommen, wie gegen Landwirt Reich-Ottensmeyer in seiner Eigenschaft als Getreidekommissar von der Protokollverlesung nachgerade ein Mißtrauensvotum ohne jegliche Beweisgründe zusammenkonstruiert wurde. Reich habe gegen ein mehr als beabsichtigtes Taggeld, in welchem alle Meißelarbeiten und Mähen eingeschlossen seien, ein Taggeld, um welches kein Arbeiter sich dazu hergeben würde, voll und ganz seine Pflicht gewissenhaft erfüllt; der erweiterte Ausschuss dürfe ihm bei diesem Anlaß kein volles Vertrauen aus. Die weiteren Ausführungen drehten sich im allgemeinen um den Milchpreis. Hervorgehoben wurden die erheblichen Kosten, die sich nachgerade bemerkbar bei den teuren Preisen, den hohen Arbeitslöhnen wie bei den teuren Preisen aller für die Landwirtschaft in Betracht kommenden Materialien, Maschinen, Geräten und Gebrauchsartikeln auf 1 M 55 S stellen. Der jetzige Preis von 1 M 20 S wurde heute als eine Ueberraschung bezeichnet, die dem Landwirt gegenüber dem früheren Preis angesichts der teuren Preispolitik als ein teilweiser Ausgleich gegen Erbitterung habe das Derbehalten des Militärs gewirkt. Welche die Einwohnerwehr, wie in der Protokollverlesung angeführt mit den Gewehren die Milch bei den Landwirten holen wollte, äußerte sich privatim ein Versammlungsteilnehmer, so würde sie die Landwirte verärgern; es würde unangenehm absehen. Forzhelm, Karlsruhe, Detschold, Wiltberg und Schönbach wurden als Bläse bezeichnet, die manchen Landwirt in die Versuchung bringen, seine Milch im Schein handeltreibend abzugeben anstatt an die Sammelstelle abzuliefern, wurde doch der überraschend hohe Preis von 5 M für das Liter genannt, welcher in Detschold schon bezahlt wurde. In diese Reihe es nicht wundern, wenn manche Bauerfrau der Versuchung erliege. Hervorgehoben wurde auch, daß die Verhältnisse im Bezirk für den Landwirt wesentlich ungünstiger liegen als im Oberland, wo der Bauer bedeutend billiger produzieren könne. Ein Vertreter der Waldgemeinden bemerkte, daß man dort der Ansicht sei, daß die Arbeiter gleichfalls entgegenkommend sein sollten, Arbeitslohn-Unterstützung sollte nur ihnen bezahlt werden, die tatsächlich keine Kräfte finden, der Achtungsdienst sei viel schuld an den traurigen Verhältnissen, in welchen wir uns befinden und sei mit einer Reihe der teuren landw. Maschinen und Geräte. Das Benehmen der Arbeitermilkshamer gegenüber Detscholdmilkshamer wurde kritisiert. Trotz allem Bitteren aber, das — ein Jahr der Zeit — den Gegensatz zwischen Erzeuger und Verbraucher veranschaulichte, machte sich doch eine verständlichere Stimmung geltend, im Hinblick auf die allgemeine Not, die besonders den Verbraucherkreisen herrschte. Dem Vorsitzenden wurde die Lieferung aller irgend entbehrlichen Milch an die Sammelstellen das Wort geredet und die Vertreter aufgefordert, in den Ortsvereinen in diesem Sinne zu wirken. Wegen des Beschlusses wurde ein Beschluß noch nicht gefaßt, jedoch empfahlen die Ortsvereine eine entgegenkommende Haltung einzunehmen, Hauptsache aber sollte sein: reifliche Ablieferung aller für den eigenen Haushalt benötigten Milch an die Sammelstellen und Verweigerung der Abgabe zu unerwünschten Preisen auf dem Wege des Handeltreibens. Die in wohlwollender Ruhe und Ordnung stattgehabte Aussprache verabschiedete sich folgender vom Vorsitzenden vorgeschlagenen, einstimmig angenommenen

Resolution

des Bezirks-Ausschusses zur Frage des Abbaus der Zwangswirtschaft und die Stellungnahme gegen die Teuerungsdemonstration in Neuenbürg:

1. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisation des Bezirks erhoffen von dem Abbau der Zwangswirtschaft eine Förderung der Produktion und damit eine Erleichterung der Volksernährung und eine Milderung der Preisverhältnisse.
2. Insofern die Zwangswirtschaft für Brotgetreide und Milch für notwendig gehalten wird, empfehlen wir den

„Da ist alles in Ordnung,“ erklärte der Freiherr, indem er der Jofe das Blatt zurückreichte. „Wenn Sie sich ein wenig tummeln, können Sie den Zug, welcher zehn Uhr fünfundsiebzehn Minuten abfährt, noch recht gut erreichen.“

Aber es hätte der Mahnung zur Eile für Mademoiselle Leblanche nicht erst bedurft. Die Aussicht auf einen längeren Aufenthalt in der Stadt wog das leichte Bedauern über den so rasch unterbrochenen Flirt mit dem hübschen Wachtmeister hundertfach auf, und sie hatte kaum noch einen Blick für ihn gehabt, ehe sie sich umwandte, um fast im Laufschritt zum Schlosse zurückzukehren.

Mit einem hörbaren Seufzer schaute ihr der gute Wachtmeister nach. Die Vereitelung einer schönen Hoffnung ging ihm ersichtlich sehr nahe. Aber er war doch gleich wieder ganz und gar bei der Sache, als der Freiherr sagte:

„Ich höre, daß Sie im Gasthof nach mir gefragt haben. Dieser Wunsch, mich zu sehen, läßt mich hoffen, daß ich nicht länger auf Ihrer schwarzen Liste stehe.“

Der Wachtmeister lächelte etwas verlegen, aber auch einer nach seinem eigenen Empfinden so hoch über ihm stehenden Persönlichkeit gegenüber verneigte er die natürliche Aufrichtigkeit seines Befens nicht.

„Ich bin nicht nachträglich, Herr Baron, und ich weiß auch, was sich für einen Mann in meiner beschriebenen Stellung geziemt. Aber ich kann nicht leugnen, daß es mich ein wenig aus der Fassung brachte, als ich hören mußte, daß Sie die Flucht dieses Doktor Odemar zugelassen hatten. Hätte ich mich nicht so sehr darauf verlassen, daß nichts Derartiges passieren könnte, solange Sie im Gasthof waren und den Mann überwachten, so würde ich das Haus selbstverständlich nicht für eine Minute aus den Augen gelassen haben.“

„Sehr wohl. Und was hat der Herr Polizeirat dazu gesagt?“

„Wie? Sie wissen, daß ich in der Stadt gewesen bin, um mit ihm zu sprechen?“

„Wenn es mir darauf ankäme, Ihnen zu imponieren, würde ich antworten: Ich weiß alles. Aber in Wahrheit ist es damit nicht so weit her. Ich weiß von Ihrem Rapport bei dem Polizeirat nur durch einen Brief, den ich heute von ihm erhielt.“

„Nun, dann wissen Sie ja wahrscheinlich auch schon, daß er es nicht so ernst nahm, wie ich erwartet hatte. Der Herr Polizeirat gehört ja nicht zu den Vorgelegten, die sich gegen einen Untergebenen über ihre Gedanken des langen und breiten auszusprechen lieben; aber ich hatte den Eindruck, daß er sicher ist, seine Hand auf den Doktor Odemar legen zu können, sobald es ihm zweckmäßig scheint.“

Der Freiherr nickte. „Es mag wohl so sein. — Haben Sie sonst irgend welche Neuigkeiten aus der Stadt mitgebracht?“

„Nichts von Belang, Herr Baron! Es müßte denn sein, daß ich die Komtesse Donnersberg bei meiner Abfahrt auf dem Bahnhof sah.“

Und er wiederholte ausführlich, was er soeben bereits der Mademoiselle Leblanche erzählt hatte, mit dem Hinzufügen, daß er die Komtesse wahrscheinlich angeredet und sie gefragt hätte, ob sie ihm irgendeine Bestellung an ihre Angehörigen mitzugeben hätte, wenn es ihm nicht die Kürze der Zeit wegen der unmittelbar bevorstehenden Abfahrt seines Zuges unmöglich gemacht hätte.

Von Reckenburg sagte nichts dazu, aber nachdem sich der Wachtmeister verabschiedet hatte, schlich er sich über das wiederhergestellte gute Einvernehmen zwischen ihm und dem Freiherrn, unterwarf er die letzten Ergebnisse einer sehr gründlichen Prüfung. Auf den ersten Blick mußte es ja den Anschein gewinnen, als ob durch das Telegramm der Komtesse an ihre Jofe alle Beforgnisse hinsichtlich ihrer Sicherheit zerstreut worden wären. Aber Kurt von Reckenburg war nicht gewöhnt, sich an den Eindrücken genügen zu lassen, die die Dinge auf den ersten Blick hervorbrachten. Und je glatter ein Gewässer an der Oberfläche schien, desto mehr war er geneigt, dem zu misstrauen, was sich unter dieser glatten Oberfläche barg.

(Fortsetzung folgt.)

Landwirt eine Entsch.

3. C. allen Ge-

denfalls sch-

genen. Die

allein er-

nahme m-

seinem T-

4. Unge-

empfehlen

mit den

gen Bedo-

Entgegen-

auf die

die der

gerichtet

gesehen

den

den

den

den

den

den

den

den

den

Landwirten die volle Erfüllung ihrer Lieferungsobligat und eine Entgegenwirkung gegen jede Scheidungsverfugung.

3. Einen Abbau der unerhörten Preissteigerungen auf allen Gebieten unterliegen wir gerne, weil der Landwirt ebenso schwer darunter zu leiden hat, wie alle übrigen Volksgenossen. Nur darf der Abbau nicht einseitig vom Landwirt allein erwartet werden, sondern alle Berufsklassen ohne Ausnahme müssen sich ihrer Pflicht bewusst werden und jeder zu seinem Teil zu einer Entspannung der Lage beitragen.

4. Unseren Berufsgenossen und den landw. Ortsvereinen empfehlen wir den Abschluss von Milchlieferungsverträgen mit den Bedarfsgemeinden zur Sicherstellung des notwendigen Bedarfs und Vorbereitung der freien Wirtschaft. Ein Entgegenkommen in der Preisfrage halten wir im Hinblick auf die in der Industrie eingetretene wirtschaftliche Krise, die der Kaufkraft der Verbraucher engere Grenzen zieht, für gerechtfertigt und befruchtbar eine solche.

5. Die in der Protokollversammlung gegen Teuerung und Wucher in Neubürg aufgestellte unmotiviert Forderung des Rücktritts des Getreidekommissars Weis-Ottenshausen betrachten wir als unfreundliche Handlung gegenüber der Landwirtschaft, die gerade unter den heutigen Verhältnissen vermieden werden sollte.

Der Vorsitzende, welchem angeichts seiner Doppelfunktion als Leiter des Kommunalverbandes und Vorstand des landw. Bezirksvereins das Vertrauen seiner Haltung ausgesprochen wurde, wies darauf hin, wie notwendig es sei, all das Bittere, was hinter uns liege, vergessen zu lassen und auf eine Annäherung zwischen Erzeugern und Verbrauchern hinzuwirken. Aus der Mitte der Versammlung wurde an die Schriftleitung des „Enztäler“ analog dem Vorgehen der Arbeiterschaft in der Ruhr das Ersuchen gerichtet, die Landwirte in Ruhe zu lassen. (Wichtiglich die Not in den Verbraucherkreisen veranlassen und, an das menschliche Empfinden der Landwirte zu appellieren; jede andere Absicht gegen den fleißigsten aller Stände lag und fern. Dagegen betrachten wir es als Aufgabe der Presse, Rängel, wo immer sie sich zeigen, einer möglichen Kritik zu unterziehen, in dem Bestreben, solche zu beseitigen und ausgleichend u. verständig zwischen den einzelnen Berufen zu wirken. Des Vorgehens einer Kommission aus ländlichen Kreisen wird es nach unseren Versicherungen wohl nicht bedürfen. Schriftl.)

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden, in welchem derselbe für die Mitarbeit dankte, die Landwirte auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe in Bezug auf Volksernährung hinwies und der Festsetzung Ausdruck gab, daß die Aussprache und die gefasste Resolution dazu beitragen mögen, daß die landwirtschaftlichen Interessen etwas gerechter beurteilt werden und eine Annäherung zwischen Erzeugern und Verbrauchern dadurch möglich sei, fand die für das Ernährungswochen im Bezirk bedeutsame Versammlung ihren Abschluß.

Neubürg, 10. Juli. Zu dem Sprechsaal-Artikel im „Enztäler“ vermahnt sich der Leiter der Milchsammlerstelle gegen die von dem H.-Einfender gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe und verweist auf einen Brief, in welchem die Sachverhalte um Verdrängung ihres Kindes bitte, damit es nicht zweimal den Weg machen müsse. Es gebe heute keine Veranlassung eines Ständes vor einem anderen. Wenn gewisse Leute meinen, daß der Leiter der Milchsammlerstelle dazu da sei, um deren Launen und unberechnete Forderungen zu erfüllen, so möchte er sich dagegen mit derselben Schärfe vermahnen wie gegen die Bemerkung, er werde, bis die Milch wieder ins Haus gebracht werde, sein Geschäft in Troden haben. Darum habe Einfender oder Einfenderin sich nicht zu kümmern. Die hohen Preise für Futter, Gespann ufm. ermöglichen keine Ankaufnahme von Milch, auch das Abholen der Milch bei den ländlichen Sammelstellen bei Sturm und Wetter Tag für Tag zähle so wenig zu den Annehmlichkeiten wie die Abgabe von Milch an die Verbraucher, für welche zum weitaus größten Teil Kinder von 3 Jahren an gerichtet werden, was den Verkehr weiterhin erschwere und der Briefschreiberin wohl nicht genügend bekannt sein dürfte. Die Weitergabe der sehr scharfen Ausdrücke des Einfenders halten wir nicht für zweckmäßig, möchten dagegen zu gegenseitiger Rücksichtnahme und Verträglichkeit angeichts der allgemeinen Milchknappheit raten.

Zur Erhöhung der Milchpreise.

Trotz wiederholt in der Presse gegebener Aufklärungen mühen sich die Angriffe gegen die Reichsregierung wegen der von ihr mit Zustimmung des Reichstages und des zuständigen Ausschusses der Nationalversammlung für Anfang Mai angeordneten Erhöhung der Milchpreise. Dabei wird vielfach behauptet, daß diese Erhöhung durch die den Landwirten gezahlte Getreidepreise nicht gerechtfertigt werde. Demgegenüber ist nochmals folgendes hervorzuheben: Die Getreidepreise Deutschlands in seinem durch den Friedensvertrag beschränkten Umfang genügen nicht, um seine verordnungsberechtigte Bevölkerung bis zum Beginn der neuen Ernte zu versorgen. Deshalb müssen für den Rest des Wirtschaftsjahres mehrere Hunderttausend Tonnen Getreide aus dem Auslande eingeführt werden. Bei den bekannten Kalitverhältnissen verurteilt dies gegenüber dem Preise des Inlandsgetreides Mehraufwendungen von etwa 8 Milliarden Mark. Von diesen werden nur etwa 1 1/2 Milliarden durch die Erhöhung der Milchpreise gedeckt; den übrigen Betrag muß das Reich tragen. Daß die Deckung der verordnungsberechtigten Bevölkerung nicht auf die von der Reichsgetreidekasse versorgt beschränkt werden konnte, sondern daß auch die selbstbewirtschaftenden Kommunalverbände, obgleich sie selbst im allgemeinen kein Inlandsgetreide zu verwenden brauchen, im gleichen Umfang wie die Reichsgetreidekassen zu Beiträgen herangezogen werden mußten, war erforderlich, weil andernfalls eine einseitige Belastung der von der Reichsgetreidekasse versorgten Kommunalverbände erfolgt wäre, während die für die öffentliche Wirtschaft erscheidenden Lasten von allen Angehörigen des Reichs in gleicher Weise getragen werden.

Württemberg.

Stuttgart, 10. Juli. (Zur Gespannot.) Das Bezirkskommando 5 in Stuttgart hat seit Monaten zahlreiche Pferde der Landwirtschaft leihweise zur Verfügung gestellt. Die Truppe besitzt keine überzähligen Pferde mehr, Landwirte, die ihre Verluste an Maul- und Klauenseuche erlitten haben, können bei ihren Gespannen um Leihpferde nicht berücksichtigt werden. Das Bezirkskommando ist seit Wochen bemüht, unzählige Pferde aus dem Osten beizugehen, um sie der Landwirtschaft zur Verfügung stellen zu können. Die Oberämter sind gebeten worden, den allerdingendsten Bedarf an Pferden bereit zu stellen. Das Bezirkskommando ist be-

reit, auf begründeten und von Gemeinde und Oberamt bestätigten Antrag die Leihgebühr für Pferd und Tag von 5 auf 3 Mark für solche Landwirte zu ermäßigen, die von Verlusten durch die Seuche besonders betroffen sind.

Stuttgart, 10. Juli. (Die Seuchennot.) Die Maul- und Klauenseuche tritt hier in der furchtbaren Weise auf. Einem Bahnwärter verendeten 5 Stüd, sein Stall steht jetzt leer. Ebenso 10 andere Stallungen, in denen das letzte Stück Vieh geschlachtet werden mußte.

Stuttgart, 10. Juli. (Blut.) Der Bauernsohn Christian Kramer erschloß seinen 22 Jahre alten Bruder Karl im Streit. Die Brüder konnten sich nicht vertragen. Der Ältere griff bei einer Auseinandersetzung am Donnerstagabend zum Revolver. Der erste Schuß ging fehl, mit dem zweiten traf er seinen Bruder nieder. Die Familie hat innerhalb sechs Jahren fünf erwachsene Kinder verloren. Auch der Täter war Kriegsteilnehmer.

Stuttgart, 10. Juli. (Der Landfriedensbruch in Blaubeuren vor dem Schwurgericht.) Die weitere Jugendvernehmung belastete den Angeklagten Wilhelm Schwend als den, der den Oberamtmann Nagel die Treppe hinuntergeworfen hat. Darüber, ob die Verletzung der Volksehrer durch den Stadtschultheißen Dorn ein Verbrechen war, gingen die Anschuldigungen weit auseinander. Hauptmann Hinrichs von der Volksehrerschule 10 schilderte seine Erlebnisse. Gemeinderat Eder hat die Leute, die die Automobile umringten, verurteilt. Er selbst sei trotzdem an der Wange verletzt worden. Ein Befehl zum Steuern wurde nicht gegeben, wohl aber zum Festhalten des Maschinenführers. Junge Staatssekretär Sigloch behauptete, er habe dadurch Blutvergiessen verhindert, daß er den Landjäger Gödy veranlaßte, seinen Revolver wieder einzuschießen. Junge Thoren, Bauer von Seihen, wurde von den Demonstranten mitgeschleppt und sollte in den Marktbrunnen geworfen werden. Er war bereits auf dem Brunnentrand gehoben, als Stadtschultheißen Dorn ihn befreite. Schultheißen Haas-Gerhausen erzählte, wie die Demonstranten die Verabreichung des Milchpreises erzwingen. Der Bauer Jakob Ott von Gerhausen berichtete, wie die Menge ihn und seinen Sohn Michael holte, unter dem Rufe: Setzt ihm den roten Hahn auf! Beide seien aus Haus und Hof geschleppt und zur Abgabe des Ehrenworts gezwungen worden, daß sie mit einem Milchpreis von 50 Pfennig einverstanden seien. Die Angeklagten gaben durchweg eine mildere Darstellung der Vorgänge.

Die Aufhebung der Gierbewirtschaftung.

Der „Staatsanzeiger“ gibt bekannt: Auf 15. August ist die Aufhebung der Gierbewirtschaftung geplant. Von den Geflügelhaltern ist im Landesdurchschnitt des Anfringungsstills bis Ende des Monats Juni zu etwa 85 Prozent erfüllt worden. Wenn man schon jetzt die Öffentlichkeit von der geplanten Aufhebung der Gierbewirtschaftung unterrichtet wird, so darf das die Geflügelhalter nicht dazu verleiten, den Rest ihrer Lieferungsobligat nicht abzutragen. Die Verpflichtung, die Lieferungsobligat zu erfüllen, bleibt auch über den 15. August hinaus für diejenigen bestehen, die bis dahin noch im Rückstand sind, und die Erfüllung wird mit den zu Gebote stehenden Mitteln auch fernherhin betrieben werden. Es liegt also im eigenen Interesse jeden Geflügelhalters, spätestens bis 15. August seine Verpflichtung vollends abzuliefern; erst dann kann er über seine sonstigen Eier frei verfügen.

Die Hoffnungen, welche bei Beginn des Wirtschaftsjahres auf eine annehmbare Gierverfugung der Bevölkerung infolge Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft gesetzt worden sind, haben sich durchaus erfüllt. Nicht nur konnten die Krankheitsfälle, Erholungsheime, Kogarett ufm. mit einer genügenden Anzahl von Eiern bedacht werden, vielmehr war es auch möglich, den Versorgungsberechtigten 20—25 Eier zu einem Preis anzustellen, welcher ganz erheblich unter demjenigen blieb, der in allen Ländern ohne Gierbewirtschaftung bezahlt wurde. Allen Landwirten, welche ihrer Ablieferungsobligat bewußt sind und dieselbe erfüllen, gebührt Dank und Anerkennung.

Baden.

Karlsruhe, 10. Juli. Auch der Sonntag verlief ruhig. Das Warenhaus Knopf war gestern wieder geöffnet. Die bei den Zusammenstößen mit der Sicherheitswehr getötete Frau ist die Ehefrau des Eisenlegers Dintermeister. Die Frau kam gerade vom Holzbock aus dem nahen Hartwald und war an dem Zusammenstoß in keiner Weise beteiligt.

Karlsruhe, 9. Juli. Das Schwurgericht verurteilte die 27-jährige Dienstmagd Stefanie Heilmann aus Wipplingen wegen zweifacher Kindstötung zu 4 1/2 Jahren Gefängnis. Sie hatte im Jahre 1917 ein Kind geboren und sofort erwürgt. Im September 1919 gebar sie ein zweites Kind und tötete es durch Anschläge an eine Taube. In beiden Fällen verurteilte sie die Leide.

Wiesloch, 9. Juli. Ein Unwetter hat gestern nachmittag in unserer Gegend schweren Schaden angerichtet. In Ruchloch erreichte das durch den wolkenbrüchigen Regen niedergegangene Wasser auf der Straße eine Höhe bis zu einem halben Meter. Hagelschlag hat den Tabak und die Dürben vernichtet. In Galberg und Hilsbach hat der Hagel großen Schaden angerichtet, namentlich in den Obpflanzungen.

Waldbrunn, 9. Juli. Wegen der Meuterei im Landesgefängnis in der Nacht zum 7. November wurden verurteilt der Tagelöhner Jakob Bühler zu 3 Jahren 10 Monaten Zuchthaus, der Händler Ludwig Bollmer aus Grünstadt und der Schlosser Engel aus Freinsheim zu je 2 Jahren Gefängnis, der Schlosser Hugo Bauhof aus Waldbrunn zu 1 Jahr 2 Monaten und Hugo Bauhof aus Waldbrunn zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis.

Handel und Verkehr.

Wiesloch. Die Seuchennot nimmt nicht ab, dehnt sich sogar in einzelnen Bezirken des Landes weiter aus. Die Hoffnung auf eine Ermäßigung der Milchpreise ist hinsichtlich geworden. Dänische und belgische Arbeitspferde stellen sich bei guter Ware immer noch auf 16—18 000, ältere auf 8000 bis 15 000 Mark, und für Luxuspferde werden über 20 000 A bezahlt. Nur die Preise für ältere Arbeitspferde sind um etwa 10 Prozent gefallen. Kühe sind fast unbezahbar, schöne Ferkel unter 300 A nicht zu haben.

Bermischtes.

Das historische „Weberhäuschen“ unter dem Hammer. Das historische Haus bei Seban, bekannt unter dem Namen des „Weberhäuschen“, in dem im Jahre 1870 die erste Zusammenkunft Bismarcks mit Napoleon dem Dritten stattfand, ist jetzt versteigert worden. In den Jahren 1914—18 war das Haus ein Ballplatz für tausender deutscher Soldaten und Offiziere,

die Sedan durchzogen. Es wurde von der Tochter der alten Wittwe bewohnt, die Bismarck und Napoleon unter ihrem Dach sah. Da diese unverheiratete Tochter jetzt ohne direkten Erben verstorben ist, hat die Gemeinde das Haus versteigern lassen.

Neueste Nachrichten.

Infolge Ausbleibens des gesamten Depeschmaterials müssen wir uns auf nachsichende Meldungen beschränken: London, 11. Juli. Nach Blättermeldungen aus Paris ist die Kaiserin Eugenie heute nachmittag in Spanien gestorben.

Die Vernichtungstätigkeit der Entente-Kommissionen.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Zerstörung und der Abtransport sämtlichen Luftmaterials in Böhmen wird im Laufe dieser Woche beendet sein. Sämtliche Antriebsmaschinen, die sich in Filialen der Daimlermotoren-Gesellschaft befinden, sollen zur Fabrik zurückgebracht werden, um ihre Zerstörung überwachen zu können. Ein Antrag der Firma Benz um Freigabe verschiedener Versuchsmotore, wurde abgelehnt. Die Zerstörung des privaten Materials in den Fabriken Maybach-Motorenbau-Friedrichshafen, Flugzeugbau-Manzell und Seemoo, sowie bei Daimler-Unterstützungen hat begonnen. Die Entente-Kommission fordert die Vernichtung der Holzmotore, Matrizen und Versuchshände in den einzelnen Fabriken. Von der Entwaffnungskommission wurden in letzter Zeit 22 württembergische und badische Fabriken beschäftigt. Die Kommission für Stürke kontrollierte die Reichswehrtruppenställe in Ulm und die Abwurfstellen des alten Heeres in Müllheim in Baden. Die Festungskommission bereifte die Festungen Ulm, Jagststadt, Speyer u. die Oberrheinbefestigungen.

Ost- und Westpreußen bleiben deutsch.

Eine hoch erfreuliche Nachricht kommt aus den Abstimmungsgebieten im Osten. Der gestrige Tag brachte sowohl in Ost- wie in Westpreußen einen überwältigenden Sieg des Deutschstums, von 92 Prozent in Westpreußen, in Ostpreußen sogar von 97 Prozent. Dieses Ergebnis spricht eine deutliche Sprache. Endlich wieder einmal ein Lichtbild in trübster Zeit. Wir verzeichnen folgende Meldungen:

Vorläufiges Abstimmungsergebnis für Westpreußen.

Abgegebene Stimmen 99 316, deutsch 91 694, polnisch 7682, demnach 92 Prozent deutsch.

Vorläufiges Abstimmungsergebnis für Ostpreußen.

Abgegebene Stimmen 361 063, deutsch 353 655, polnisch 7408, demnach 97 Prozent deutsch.

Zur Konferenz in Spa.

Spa, 11. Juli. Nach Czernowitzer Blättern hat ein Teil der polnischen Armee von den rumänischen Behörden die Erlaubnis erbeten, auf rumänisches Gebiet zu flüchten. Da Rumänien die Neutralität wahren will, verweigerte die rumänische Regierung die Genehmigung.

Spa, 11. Juli. Die in der gestrigen Vormittags-Sitzung gehaltenen Reden des Reichsministers Dr. Simons und des Abg. Stinnes und Hue scheinen ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben. Die Kohlenadventen haben unter einander Fühlung genommen, und ihre bisherigen Verhandlungen verlaufen anscheinend zufriedenstellend. Die Erörterungen in der Kohlenfrage dauern fort. Die gestrige Nachmittags-Sitzung beschäftigte sich zunächst mit den finanziellen Fragen und der Frage des Wiederaufbaus. Der Ton der Verhandlungen ließ sich zu wünschen übrig.

Deutschlands Kohlen-Angebote.

Spa, 11. Juli. Der von den Alliierten von den Deutschen vorgelegte Kohlenwirtschaftsplan lautet: Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung im Durchschnitt pro Arbeitstag erhalten und die im Monat Mai zur Verfügung des Reichs-Kommissars für die Kohlenverteilung in Deutschland bleibt, bieten wir den alliierten Mächten eine Menge von 44 000 T. im Durchschnitt pro Arbeitstag zur bevorstehenden Lieferung an. Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand wird bei dieser Produktion von dieser Lieferung an die Entente unter der Annahme, daß gegenüber 1913 kein wesentlicher Mehrbedarf eingetreten ist, nur mit 68 Prozent des Verbrauchs des Jahres 1913 beliefert. Bei der Erreichung dieses Prozentsatzes ist der Mehrverbrauch infolge qualitativer Verschlechterung der Kohlen nicht berücksichtigt. Wir beabsichtigen 50 000 Bergleute jährlich neu einzustellen und für die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten hieraus eine Mehrförderung von 0,7 Tonnen pro Mann und Tag. Von der Mehrförderung, die über den arbeitsmäßigen Durchschnitt, im Monat Mai 1920 rund 44 000 Tonnen bei 23 Arbeitstagen, erreicht wird, erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr, von jetzt an gerechnet, 40 Prozent, für das nächste Jahr 25 Prozent, während die restlichen Prozente zur freien Verfügung Deutschlands bleiben können.

Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das Inserat des Herrn Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes.

Futtermittel-Angebot.

Es werden den Bezirksgemeinden angeboten:

- | | |
|-----------------------------|---------------------------|
| 1) Lupinenschrot, | Preis ca. A 90.— pro Ztr. |
| 2) getrocknete Futterrüben, | 80.— „ „ |
| 3) Geflügel-Welchfutter, | 61.— „ „ |
| 4) Gerstenschalen, | 23.— „ „ |
| 5) Haferschnitzmehl, | 54.— „ „ |

Die Preise im Samstag-Enztäler haben eine Milderung erfahren; sie gelten ab Neubürg.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, die Bestellungen ihrer Gemeinden auf die einzelnen Arten von Futtermitteln unverzüglich und längstens bis Mittwoch, den 14. Juli ds. Js. hierher schriftlich anzugeben. Von Gemeinden, die bis 14. Juli keine schriftliche Bestellung einreichen, wird ohne weiteres angenommen, daß sie verzichten und kann nachträglich keine Zuzweisung erfolgen. Neubürg, den 9. Juli 1920.

Oberamtspfleger Käßler.

Oberamt Neuenbürg.
Zulassung des Kleinverkehrs mit Speisefartoffeln.

Die Gültigkeit der mit oberamtl. Bekanntmachung vom 22. Mai 1920 (Enztäler Nr. 119) ausgegebenen Kartoffelverhandlungsstellen mit Wirkung vom 1. Juli ab aufgehoben. Einzelne besonders bringende Ausnahmen wird die Landeskartoffelstelle auf Ansuchen noch zulassen.

Den 7. Juli 1920 Reg.-Assessor Kelling, A.B.

Oberamt Neuenbürg.
Eieraufbringung.

Die Landesverorgungsstelle hat dem Oberamt bekanntgegeben, daß die Absicht besteht, die öffentliche Bewirtschaftung der Eier bis auf den 15. August 1920 aufzuheben und daß es mit Rücksicht hierauf es dringend geboten ist, die Erfüllung der Lieferungsverpflichtung herbeizuführen.

Die Geflügelhalter werden deshalb darauf hingewiesen, daß diejenigen Geflügelhalter, die bis zum 15. August ihre Lieferungsverpflichtung nicht restlos erfüllt haben, bis zur Abtragung ihrer Schuld von jedem Zudeckungsanspruch ausgeschlossen bleiben und daß sie insbesondere bei der im August d. J. stattfindenden zweiten Verteilung von Ginnachzucker nicht berücksichtigt werden.

Außerdem haben sie mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Nichterfüllung zu rechnen.

Die Herren Ortsvorsteher werden um ortsübliche Bekanntmachung des Vorstehenden ersucht.

Den 8. Juli 1920. Kelling, A.B.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Im Auftrag des **Rudolf Vogt**, Reggers hier, wird am **Samstag, den 17. Juli 1920, vormittags 11 Uhr**, im öffentlichen Ausschreibungsverfahren:

Stadtwerkzeugen an Gebäude Nr. 31 und a an der Brunnenstraße, Wohnung mit drei Zimmern, 1 Kammer und Zubehör.

Dazu werden Kaufliebhaber eingeladen. Bei günstigem Angebot wird der Zuschlag sofort erteilt.

Ratschreiber: Anodel.

Die hiesigen Kriegsbeschädigten

werden ersucht, die zugeordneten

Randwaren

im Laufe dieser Woche auf unserem Geschäftszimmer (Oberamtsparafasse) abzuholen.

Bezirksfürsorgestelle Neuenbürg.

Delmühle Neuenbürg.

Kommenden Mittwoch und Donnerstag wird nochmals **Rohn geschlagen**, dann jeden Tag **Reps**.

Gefällige Schlagheine sind mitzubringen.

E. Mann.

Bruchleidende

bedürfen kein sie schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares **Universal-Bruchband** tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.

Mein Spezialvertreter ist am **Donnerstag, den 15. Juli**, morgens von 8^{1/2} bis 1 Uhr in **Neuenbürg a. E.**, Hotel "Waren", sowie am **Mittwoch, den 14. Juli**, mittags 1^{1/2} bis 4^{1/2} in **Wildbad**, Hotel "Löhler Brunnen", und am **Donnerstag, 15. Juli**, nachmittags 5^{1/2} bis 7^{1/2} Uhr in **Manibronn**, Hotel Kloster-Pfost mit **Ruster vorerwähnter** Bänder, sowie mit **St. Gummi- und Federbänder** neuesten Systems, in allen Preislagen, anwesend. Muster in Gummi, Gängeleib-, Leib- und Muttervorsatz-Binden, Mastbarnvorsatz- und verstellbare Umstandsbinden, wie auch **Geradehalter, Krampfaderrümpfe** und **Suspensoren** stehen zur Verfügung. Neben sachgemäßer Versicherung auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung.

H. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen- und Orthopädie-Fabrikation
Konstanz in Baden, Wessenbergstr. 17, Telephon 515.

Frachtbriefe mit Firma-Eindruck.

Zu einer Sammelauflage benötigen wir noch einige Abnehmer für gewöhnliche Frachtbriefe. Der heutige Preis für Frachtbriefe beträgt bei den Güterstellen 120 M für das Tausend. Bei einer Sammelauflage, mit welcher wir gegenwärtig beschäftigt sind, ist derselbe etwas billiger. Wir sehen geschätzten Aufträgen (Firmeneindruck nicht unter 500 St.) gerne entgegen.

E. Wech'sche Buchdruckerei, Inh.: D. Strom.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Sitzung d. Gemeinderats

am **Dienstag, 12. Juli 1920**, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

1) Errichtung von Gewerbe-gerichten.

2) Verschiedenes.

Stadtschultheiß **Anodel**.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Anmeldungen auf die im Enztäler v. 10. Juli vom Kommunalverband angebotenen

Futtermittel

wollen am **Dienstag** den 13. Juli, von 1^{1/2}—1^{1/2} Uhr vorm. eingereicht werden.

Eier-Verkauf

am **Dienstag**, den 13. Juli, 1^{1/2} Uhr vorm. an Nr. 288 bis 140, 8 Uhr vorm. an Nr. 139 bis etwa Nr. 40 rückwärts.

Gleichzeitig werden auch Krankeneier abgegeben, die betr. Nr. sind am Rathaus durch Anschlag ersichtlich.

Städt. Lebensmittelstelle.

Forstamt Herrenalb.

Gras-Verkauf.

Am **Donnerstag**, den 15. Juli 1920, vorm. 11 Uhr, wird im "Döfen" in Döbel der **Gras-Ertrag** von den Eschalmwiesen verkauft.

Neuenbürg.

Wer mir nähere Angaben macht, über den

Dieb,

welcher mir im Spätherbst 4 Rosenbäumchen in meinem Garten gestohlen hat, erhält entsprechende Belohnung.

Albert Weis, Neuenbürg.

Entlaufen

ist vorige Woche mein **Hund** (schwarzer Pudel); bitte um Zuschrift über dessen Aufenthaltsort. Vor Anlauf wird gewarnt!

Wilhelm Wadenhut, Luch u. Schneiderei, Tel. 106.

Conweiler.

Verloren

eine schwarze **Damentasche** auf dem Wege Bahnhof Marzell bis Conweiler.

Abzugeben gegen gute Belohnung bei

Ludwig Jäd beim Köhle.

Aus vornehmen Hause sehr billig zu verkaufen:

Hell Eichen massiv:

1 Büffet m. Kredenz, 1 Ausziehtisch mit 4 Eichen- oder 6 Leberstühlen, Sofa mit

Galerie u. Spiegel, Damen-schreibstisch, Kokoslohrstühlen, 2 Sessel, el. Kronleucht und

Delgemälde, maß. Nussbaum-büffet, 1 Pfeilerstisch mit

Schrankchen, weißes Küchen-büffet, 2 Eischränke, 1 gr., 1 kl. Hell-Eichen-Schlaf- mit

Spiegelstühlchen. Ferner: einige Anzüge, Stiefel, steife Hüte,

Tischdecken und anderes.

Schöttle, An- u. Verkaufsgeschäft,

Pforzheim, Dillsteinerstr. 18, Telef. 1165.

Wachtung!

Ziehharmonikas

kommen von heute ab nur noch den halben Preis. Dasselbe sind einige gebrauchte Instrumente bereits noch neu, sehr billig zu verkaufen:

Trompeten, Mandolinen, Gitarren, Geigen, Zithern und **Grammophone** bei **Gebrüder**

Hohnloser & Hohner, Harmonika-Fabrik, Pforzheim, Bergstraße 27.

Zu bed. herabgesetzten Preisen.

Ganze Schlafzimmer, einzelne Möbel u. Betten.

Federbetten, Patent- u. Polster-Bettstoffe,

Metallbetten, Schränke, Tische, Stühle,

Kommoden, Polsterfächer,

Diplomaten-schreibische, gutes Forstholz, 3 Schublade

links u. rechts 3 Züge.

Schöttle, Verkauf, Pforzheim, Dillsteinerstr. 18,

Telefon 2165.

Neuenbürg.

Am Wegweiser **Herrenalb** wurde ein **Wachseil**

gefunden.

Dasselbe kann bei **Christian Kull**, Zimmermann, abgeholt werden.

Familie mit einem Kind sucht auf 1. August

Mädchen,

das schon gebiert hat. Angebote an

Dr. Dorn, leit. Arzt, Charlottenhöhe.

Suche für sofort einen jungen, kräftigen

Bäckerlehrling,

welcher Lust hat, das Bäckereihandwerk gründlich zu lernen bei **Adolf Rothfuß**,

Brot- und Feinbäckerei, Pforzheim, Westliche 123.

Fleißiges, ehrliches

Mädchen

bei gutem Lohn gesucht.

Schaaber, Pforzheim, Lamerstraße 54.

Suche für 15. Juli oder 1. August junges

Mädchen.

Frau **Lotte Keitel**, Konstal.

Sprengstoffe

zu Stumpensprengungen pro Kg. M 10,- bei größerer Abnahme Preisermäßigung.

Emil Hildinger, Bröglingen,

Mühlstr. 5, Telefon 3284.

Sommerprossen!

Finnen! Mädel! Unreine Haut verschwinden mit

Apotheker Rathelhuber's Sommerprossenoreum.

Preis M 5,- franko.

Allein durch

Dofapothete Dechingen Döhren.

Ja, auch Sie

tun gut daran, jetzt sofort eine Blutreinigungskur mit dem bewährten

Blutreinigungstee "Marke Löwenhof" zu unternehmen. 1 Pat. M 5,- 3 Pat. M 13.50.

Hautjucken, Krätze

in 2-3 Tagen beseitigt durch Spezialpräparat Nr. 10. M 6.60.

Offene Beine

und and. Wunden verschwinden bei Gebrauch d. **Mutter Oberin's**

Kloster-Buncreme M 5.40 u. 7.80. Alle Artikel gegen Nachn. zugl. Porto und Verpackung, nur echt vom **Laborat. Löwenhof** M 10, Dortmund 100.

Neuenbürg, den 11. Juli 1920.
Codes-Anzeige.
Heute erschließ in Gott meine liebe Mutter, unsere gute Schwester, Tante und Schwägerin
Elisabeth Kaufer, geb. Oertag,
im 79. Jahre.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm Kaufer.
Beerdigung Mittwoch, 14. Juli, nachm. 3 Uhr.

Trauer-Hüte
in jeder Preislage stets vorrätig.
Friedr. Dann, Pforzheim, Telefon 2244, Zerronnenstr. 12.

Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Donnerstag, den 15. Juli 1920
stattfindenden
Hochzeitsfeier
in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Raiffenbach freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.
Michael Schable, Sohn des + Mich. Schable in Raiffenbach.
Katharine Luz, Tochter des + Friedrich Luz, Leinberg.
Rückgang 12 Uhr.

Echtes Pergamentpapier, Salizyl-Pergament in Rollen, sowie Pergament-Ersatz
zu haben in der
E. Wech'schen Buchhandlung, Inh.: D. Strom.

Langenalb. Eine gute **Rug- u. Fahr-Rug** mit Raib, sowie 3 junge **Spitzer-Hunde** sind zu verkaufen bei **Karl Dieck**, Zimmermeister.

Biejselsberg. Eine 22 Wochen trüchtige, schwere **Rug- und Fahrtub** hat zu verkaufen **Schuder**, Witwe.

Schlackensteine (Leichtsteine)
Für Innen- und Außen-Mauern, empfehle meine neuen unter Dach aufgesetzten trockenen, scharfkantigen Maschinen-schlackensteine (keine Handarbeit) lieferbar in jedem Quantum, auch in Wagonladungen mit eigenem Gleisanschluss. Bei Bedarf bitte mein Material anzusehen!
August Feiler, Pforzheim, am Durlacher Uebergang, Telefon 2884.

Der belebende Regen
für das Geschäft ist das Inserat, das ihm Käufer und damit Lebenskraft zuführt. Von Wichtigkeit ist jedoch, daß das Inserat richtig abgesetzt ist, und zur richtigen Zeit in der richtigen Zeitung erscheint. Ein Inserat im „Enztäler“, der verbreitetsten Zeitung im Oberamtsbezirk Neuenbürg
hat doppelte Wirkung